

# Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis — Preis für die Jahreshellenabonnenten 5.— Fr. monatlich ohne Votenlohn, für die Postabonnenten 15.— Fr. vierteljährlich

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen“: Saarbrücken 1, St. Johanner Straße 49. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken, Nummer 1530, 1062, 2003, 3194.

## Mit voller Kraft voran!

Einige Bemerkungen.

In unserem Vaterlande steht die Arbeiterschaft vor entscheidenden Tagen. Sie befindet sich zurzeit mitten in einem schweren Ringen. Es handelt sich — im Großen gesehen — darum, ob die wirtschaftliche und soziale Stellung des deutschen Arbeiters weiter gefestigt und ausgebaut oder auf den Vorkriegsstand „zurückrevidiert“ werden soll. Wer in den letzten Jahren mit offenen Augen und Ohren die Geschehnisse beobachtet, sah diese Entscheidungszeit voraus. Hunderte von Syndikats, Akademikern und die Größen unter den Unternehmern haben ja durch Wort und Schrift die Öffentlichkeit „bearbeitet“, um die Entscheidung zu ungunsten der Arbeiter zu beeinflussen. Das Wort „Soziale Last“ wurde in allen Variationen immer wieder gebracht, um die „Bürger“ kopfschütteln zu machen, um die Regierung und die Parlamentarier „weich“ zu machen. „Unsere Wirtschaft erstirbt an der Last, die die soziale Selbstehre ihr aufbürdet“, — so und ähnlich die „Argumente“. „Unsere Wirtschaft muß eine längere Arbeitszeit haben, sie kann die „hohen“ Löhne nicht tragen“, — so und ähnlich die „Ergänzungsargumente“. Dazwischen ein gerissenes Operieren mit den „Dawes-Lästen“, die praktisch gesehen auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden.

Neben dieser „geistigen“ Vorbereitung lief noch die mehr materielle. Einmal hier, dann mal dort eine Ausperrung, ein aufgewungener Streik — erinnert sei nur an den Textilarbeiterstreik in Aresfeld, im Wuppertal, in W-Glabbach, an den Bergarbeiterstreik in Mittelsachsen, an die Ausperrung aller Tabakarbeiter Deutschlands — um die Gewerkschaften zu schwächen, um die Arbeiter nach und nach müde zu machen, damit der Hauptschlag gegen sie zum vollen Erfolg führen kann.

Den Hauptschlag gedenkt das Unternehmertum jetzt zu führen. In der Großeisenindustrie sollen ab 1. Januar 1928 die Arbeitszeiterleichterungen in Kraft treten, die in der Arbeitszeitnotverordnung vorgezeichnet sind. Um dem zu entgehen und den schärfsten Druck auf die Arbeiter und Behörden auszuüben, hat das Unternehmertum geschlossen die Betriebsstilllegung auf der ganzen Linie angezeigt. Schwierige Verhandlungen führten bisher zu keinem Ergebnis. Der staatliche Schlichter bemüht sich um einen Ausgleich. Die Aussichten sind schlecht. Die Unternehmer stellen sich sehr hochbeinig. So ist die Lage in diesem großen Industriezweig, in dem mit die mächtigsten Unternehmer sitzen. Die Bergleute sind nicht minder übel dran. Ihnen versucht man einzureden, daß die Vorkriegsarbeitszeit gefallen zu lassen. „Damit die Wirtschaft die englische Konkurrenz ertrage“. Von wegen der Konkurrenz lehnt man auch ihre berechtigten Lohnforderungen ab. Obwohl die Leistung immer mehr steigt. Und zwar in allen Kohlengruben. So ist die Lage in dem wichtigsten Industriezweig Bergbau, der eng mit der großen Eisenindustrie verdrängt und verschwägert ist. Wir haben ein Borgehen der Unternehmer auf der ganzen Linie vor uns. Einen Hauptschlag. Wehe der Arbeiterschaft, wenn das Unternehmertum siegt!

### Wer steht auf der Seite der Arbeiterschaft?

Die Gewerkschaften. Sie sind der Arbeiterschaft einziger wirksamer Schutz. Stünde die Arbeiterschaft ohne die Gewerkschaften da, dann hätte sich keine Regierung und kein Parlament um ihre Sorgen, Beschwerden und Forderungen. Leider stehen das weite Schichten der deutschen Arbeiterschaft immer noch nicht ein. Sie stehen passiv beiseite. Und führen damit das Borgehen der Unternehmer. Felder!

In dieser Entscheidungszeit stehen unsere christlichen Gewerkschaften gewappnet und kämpfend auf dem Platze. Sie sind am regsamsten und energiegeltesten in Tätigkeit. Sie ganz allein warnen vor einer Ueberkannnung in der Belohnungsfrage. Aber was nutzt ihr Kampf, wenn die Linksparteien noch viel wilder ins Belohnungshorn fuhren wie die Rechtsparteien! Da lacht eine Partei die andere anzusehen. Auf Kosten des Volkes, auf Kosten der Wirtschaft. Und die Arbeiterschaft hat die Last zu tragen. Für sie hält man als Belohnung lange Arbeitszeit und geringe Löhne für gut genug.

Dagegen wehrt sich unsere Bewegung im Reich. Ueberall veranstaltet sie große und eindrucksvolle Tagungen. Unser Gewerkverein sang in Königswinter an und gab die Parole. Er veranstaltete eine weitere wichtige Kundgebung in Helfenlirchen. Da sprach unser Vorsitzender Imbuisch. Klar und unzweideutig wie immer. Er rief ein „bis hierher und nicht weiter“. Seine Rede wirkte wie ein Signal. Die engherzigen Interessenspolitiker fallen über ihn her. Womit aber keineswegs bewiesen ist, daß er etwas Unrechtes gesagt habe, im Gegenteil. Andere, die tiefer blickten und das Unheil kommen sehen, wenn man Imbuisch und den christlichen Gewerkschaften nicht folgt, greifen seine Gedanken auf und vertiefen sie. Als Warnungstafeln halten sie Imbuischs Worte dem deutschen Volke vor. „Quo vadis?“

### „Wo geht es hin?“

rufen sie dem deutschen Volke und seinen Verantwortlichen zu. Wägen diese Stimmen gehört werden. So sind die Stimmen von Menschen, die es ehrlich mit dem Volke und der Arbeiterschaft meinen. — Diese Bewegung wird von den christlichen Gewerkschaften

getragen. Die Tagungen des Gesamtverbandes in Königswinter und in Hamburg haben das klar bewiesen. Auch die Reden des Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Kollegen Stegerwald, legen eindeutiges Zeugnis dafür ab. Er ist dabei in gewissen Kreisen zum „bestgehöhten“ Manne geworden. Schadet nichts. Einmal mußte ein entschiedenes Paroli geboten werden. Und wir freuen uns, daß unsere Bewegung es ist, die an der Spitze des Kampfes steht, der um die Arbeiterschaft entbrannt ist.

Entscheidungslage stehen bevor. Sie müssen zu Gunsten der Arbeiterschaft ausgehen. Daß es so kommt, liegt wesentlich an der Arbeiterschaft selbst. Sie darf nicht passiv beiseite stehen. Mitarbeiten und mitkämpfen muß sie. Und zwar in den christlichen Gewerkschaften. Diese sind keiner politischen Partei verpflichtet. Andere nehmen ja in diesen schweren Tagen fast nur Rücksicht auf parteipolitische Erfordernisse. Und schädigen damit die Arbeiterschaft. Wer ihr richtig dienen will, wer die Entscheidung zu Gunsten der Arbeiterschaft beeinflussen will, der muß sich auf die Seite der christlichen Gewerkschaftsbewegung stellen. Mit voller Kraft voran!

## Kege Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften

### Wichtige Tagungen des Gesamtverbandes im Reich

Der Ausschuh des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften tagte Ausgangs Oktober in Königswinter. Wichtige Fragen wurden behandelt. Wir führen davon an:

1. Die Besoldungsfrage. Der Niedererschlag der Reinerungen wurde in einer Entschlieung zusammengefaßt. Es heißt da im ersten Abschnitt: „Die deutschen Beamten in allen Stufen sollen ausreißend besoldet werden; sie sollen in dem gleichen Maße aufsteigen, wie die Voraussetzungen für den Aufstieg des deutschen Volkes im ganzen gegeben sind. Eine gerechte Beamtenbesoldungsreform muß sich im Tempo und Ausmaß anlehnen an den Leistungsgrad der Wirtschaft, sowie an den Wohlstand und die Steuerkraft des Volkes.“ Daneben wurde eine vernünftige Verwaltungsreform gefordert in Reich, Ländern und Gemeinden. Eine gerechte und soziale Einstellung. Wer dagegen etwas sagt, leant nur sein eigenes Ich. Das an die Adresse der Redaktion des „Beamtenbundes“ die sich nicht genug tun kann in der Herabwürdigung Stegerwald, eines Mannes, der sich schon für berechtigte Beamtenforderungen einsetzte, als gewisse Herrschaften nicht den Mut ausbrachten, für ihre eigene Sache sich selbst einzusetzen.

2. Die Lohnfrage. Sie steht im Vordergrund des Interesses. In allen Berufen, zumal im Bergbau, sind die Löhne zu gering. Ueberall sind ja auch Lohnbewegungen an der Tagesordnung. So ist es selbstverständlich, daß in einer Entschlieung der Gesamtverband zunächst die Behauptung zurückweist, wonach es der Arbeiterschaft im Gegensatz zu den Beamten gelungen sein soll, in den letzten Jahren ihre Reallohne um 25 bis 30 Prozent zu erhöhen. An Hand der Teuerungsteigerung wird die Unhaltbarkeit der Behauptung, die sich auch Regierungsstellen zuschulden kommen lassen, nachgewiesen. Die Entschlieung fordert alle zuständigen Stellen, insbesondere das Reichsarbeitsministerium auf Auswähe in der Preisfestsetzung wirksam zu bekämpfen und die Löhne der Arbeiter, insbesondere die im Bergbau, den Teuerungserhältnissen entsprechend zu erhöhen.

3. Die Wirtschaftslage. Hier wurde die gute Besserung der deutschen Wirtschaftslage nachgewiesen. Die Lastoche sei nicht zuletzt das Ergebnis der erhöhten Leistungen der Arbeiter. Diese gute Konjunktur müsse erhalten werden. Darum sei der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften damit einverstanden, daß Maßnahmen ergriffen werden, die die Freiheit des Einzelnen bei der Preisbildung beschränken. Weiter wurde verlangt, daß die nationale Wirtschaft sich stärker den Bedürfnissen der breiten Volksschichten dienlich mache und eine erhebliche

Steigerung des Reallohnes erfolgt. Die Arbeiterschaft habe ein Anrecht auf einen größeren Gesamtanteil am Wohlstand der Nation als in der Vorkriegszeit. — Sehr berechtigte Forderungen, deren Durchführung ohne weiteres eine Belebung des Binnenmarktes im Gefolge haben muß und endlich zur Verwirklichung des Zieles führen wird, das uns allen vorsteht: dem Arbeiter Recht zu sichern, damit er aus dem Proletentum herauswächst und Freude an seiner Arbeit finden kann.

4. Die Schulfrage. In Deutschland wird um die Seele des Kindes gekämpft. Weiße Kreise, zumal die beiden sozialistischen Linksparteien, wollen die Kinderseele „entchristlichen“, weshalb sie gegen die Sicherung der religiösen Schulerziehung sind. Diese wichtige Frage muß uns als christliche Gewerkschaftler interessieren. Und so ist es denn selbstverständlich, daß der Gesamtverband auf seiner Ausschuhstagung auch die Schulfrage behandelte und eine Entschlieung faßte, die wir ihrer grundsätzlichen Bedeutung wegen hier ungefügt anführen:

„Der Ausschuh des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften verlangt in Uebereinstimmung mit der grundsätzlichen Einstellung der Bewegung die Sicherung des Rechtes der Eltern auf die Betreuung ihrer Kinder in Schulen, die mit der religiösen Grundausbildung des Elternhauses in Einklang stehen. Wir brauchen für unsere Zukunft eine Erziehung der Jugend zu weltanschaulich geistigten Persönlichkeiten, die gewillt und befähigt sind, die christliche Weltansicht unseres deutschen Volks- und Staatslebens zu wahren und zu mehren. Alle technischen Fortschritte und alle wirtschaftlichen Errungenschaften können unserem Volke nur dann zum Segen und zur Wohlfahrt gereichen, wenn nicht antichristliche, kultur-, volks- und gemeinschaftsverlethende Kräfte im deutschen Volkeseben geistig bestimmend sind.“

Wie wir sehen, beschäftigen sehr wichtige Fragen den Ausschuh des Gesamtverbandes, die alle in einer Weise behandelt wurden, die es wert ist, von allen, die es angeht, beachtet und befolgt zu werden. Nur auf dem von unserem Gesamtverbande vorgezeichneten Wege ist es möglich, der sozialen Bestrebung und somit den wohlverstandenen Interessen unseres Volkes zu dienen.

### Der deutsche Gewerkschaftsbund zur Lage

Der Deutsche Gewerkschaftsbund vereint in seinen Reihen den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften (Arbeiter und Arbeiterinnen), den Gesamtverband christlich-nationaler Angestellten-Gewerkschaften und den Gesamtverband der Staatsbediensteten. Um zu den gegenwärtig schwebenden Fragen ein ein-

heftliches Vorgehen aller christlich-nationalen Gewerkschaften zu sichern, sagte der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 25. und 26. November in Hamburg, am Sitz der stärksten Angestelltenorganisationen der Welt, dem dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehörenden D. S. B.

In den öffentlichen Verhandlungen, die in Gegenwart von Behördenvertretern und zahlreichen Hamburger Angehörigen unserer Bewegung geführt wurden, erfolgte

die Erörterung der Lohnpolitik.

Professor Dr. Brauer-Karlsruhe (der aus unserer Bewegung hervorging) hielt dazu, wie unser „Zentralblatt“ schreibt, ein ausgezeichnetes Referat. Im allgemeinen bleibt nur festzustellen, daß in der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung die von Brauer in neuer und glänzender Formulierung vertretenen Gedanken schon lebendig sind. Brauers soziale Einstellung ist im wesentlichen die unserer Bewegung. In einer aktiven Lohnpolitik sieht Brauer das beste Mittel der Wirtschaftsunterstützung und Wirtschaftsgesundung. Das ist ohne Zweifel richtig, schließt indes nicht aus, daß der gewerkschaftliche Einfluß in seinen ganzen Verzweigungen auch auf die Faktoren einzuwirken hat, die die Preisgestaltung sonst noch zu beeinflussen vermögen.

Die Sozialversicherung als lohnpolitisches Problem behandelte der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Kollege Bernhard Otte. Die Frage, ob die Sozialversicherung den Arbeiter in seiner Leistung und in seinem Willen, zu höheren Löhnen zu kommen, hemme, wurde verneint. Im Gegenteil sei anzunehmen, daß ohne die gesetzliche Sozialversicherung das Lohnniveau und die Lebenshaltung der Arbeitnehmerschaft noch tiefer liegen werde. Otte sah seine Schlussfolgerungen in folgenden Punkten zusammen:

- 1. Der Wille zur Selbsthilfe und zur Eigenverantwortung steht uns höher als die Staatshilfe. — Dies vorausgesetzt, müssen wir aber zugeben, daß es
- 2. ohne Staatshilfe nicht geht. Denn viele Menschen stehen auf der äußersten Schattenseite des

Lebens. Ihre eigene Kraft und das, was sie bei der größten Eigenanregung zu erreichen in der Lage sind, reicht nicht aus für die Wechselfälle des Lebens. Darum geht es nicht ohne Staatshilfe. Das gilt auch für die Sozialversicherung.

3. Die Staatshilfe darf aber nicht überspannt werden. Wo aus eigener Kraft bzw. Selbsthilfeeinrichtungen geholfen werden kann, ist das der staatlichen Hilfe vorzuziehen. Im allgemeinen soll auch die Sozialversicherung nur ein Existenzminimum gewähren.

4. Der künftige Ausbau der Sozialversicherung wird sich im allgemeinen auf eine stärkere Sicherung der Rechte der Versicherten, auf mehr Selbstverwaltung und einen Abbau der Verwaltungskosten konzentrieren müssen. Auch im Interesse der Gewerkschaftsbewegung liegt es, wenn Ueberspannungen, die nur in vereinzelten Fällen anzutreffen sind, beseitigt werden, und inbezug auf den weiteren Ausbau der Sozialversicherung vorfichtig vorgegangen wird.

In einer Entschlieung, die die Lohnfrage behandelt, wurde u. a. verlangt:

Der Stand der deutschen Wirtschaft, ferner die Modernisierung und Rationalisierung ermöglichen im allgemeinen einen höheren Stand der Löhne, als er heute in Geltung ist. . . . Die Hebung des Reallohnes der Arbeitnehmerschaft ist nicht nur eine soziale, sondern auch eine staatspolitische Notwendigkeit. Der DGB erwartet von der Regierung bzw. von den in Betracht kommenden Stellen, eine auf dieses Ziel gerichtete Einstellung, insbesondere auch die Maßnahmen, die eine Verbilligung der Preise und eine Verringerung der unverhältnismäßig hohen Preisspanne zwischen Erzeugern und Verbrauchern herbeiführen können.

Unsere höchsten Gewerkschaftsinstanzen haben gesprochen. Sie haben uns, dem Volke und den maßgebenden Stellen gezeigt, wie gehandelt werden muß, fell unser Wirtschafts- und Volksleben gesunden. Wir Mitglieder wollen fest darauf sein, daß unsere Bewegung die Führung hat; sie weiter zu stärken, muß unser Ziel in diesen Tagen und in der Zukunft sein.

arbeiten. Sie wohnen unter unseren übrigen Mitgliedern. Diese Tatsache muß uns interessieren. Wir teilen der Frage aber nicht von politischen, sondern lediglich von wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Gesichtspunkten näher. In ihrem eigenen Interesse müssen wir diese Leute gewerkschaftlich erfassen, um unseren Einfluß auf die Verwaltung der lothringischen Gruben geltend machen zu können. Mit dem Unabhängigen Bergarbeiterverband verbindet uns ein Abkommen, wonach er die Interessen dieser Kameraden auf den Arbeitshätten, der Gewerkschaft hingegen in dem Heimatbezirk wahrnimmt. Es ist klar, daß eine starke gewerkschaftliche Erfassung der hier wohnenden lothringischen Bergleute günstige Rückwirkungen auf die Tätigkeit des Unabhängigen Bergarbeiterverbandes haben muß.

Leider konnte bisher vom Unabhängigen Bergarbeiterverband noch nicht der Einfluß erlangt werden, den wir hier im Saargebiet den gewerkschaftlichen Organisationen gesichert haben. Daß es so ist, ist kein Verschulden des Unabhängigen Bergarbeiterverbandes, sondern der großen Gleichgültigkeit und Rauheit der lothringischen Bergleute selbst.

Diese Gleichgültigkeit kam die lothringischen Bergleute schon oft teuer zu stehen. Erinnert sei nur an die Kämpfe, in die sie in den Jahren 1919 bis 1922 hineingetrieben wurden, ohne einen den gedachten Opfern gerecht werdenden Erfolg zu erzielen. Später blieb es ebenso. Auch vom letzten Streik auf den Kleinroßfeller Gruben wird kein Mensch behaupten können, daß er für die Bergleute nützlich war. Es fehlte halt jede Voraussetzung zum Erfolge. Wenn diese Verhältnisse sich bessern sollen, dann muß

der Einfluß der radikalen Elemente in Lothringen zurückgedrängt werden.

Das ist möglich, wenn in Lothringen selbst die besonnenen Bergleute sich dem Unabhängigen Bergarbeiterverband und die auf deutschem Boden wohnenden sich dem Gewerksverein anschließen. Nur so wird es gelingen, den Einfluß auf den lothringischen Gruben zu festigen und auszudehnen.

Tritt man nun an die hier wohnenden lothringischen Bergleute mit der Aufforderung heran, sich zu organisieren, dann hört man nicht selten das Schlagwort: „Es hat keinen Wert“. Dieses Schlagwort entbehrt der Berechtigung. Die mitten unter den Saarbergleuten wohnenden lothringischen Bergleute haben genau dasselbe Interesse an einer starken gewerkschaftlichen Organisation wie diese. Organisieren sie sich in starkem Maße, dann wächst unser Einfluß auf den Gruben; ihr gutes Beispiel wird aber auch gute Wirkungen auf die in Lothringen selbst wohnenden Kameraden haben.

Glaubt etwa ein lothringischer Bergmann, daß man uns ewig von Verhandlungen im Lothringer Kohlengebiet ausschließen kann?

Ich bin überzeugt, daß in dem Augenblick, wo die unter den Saarbergleuten wohnenden lothringischen Kameraden organisiert sind, wir ebenfalls zu Verhandlungen mit den Bergbauunternehmern in Lothringen kommen. Ein französischer Unternehmer kann uns, die wir mit der französischen Grubenverwaltung im Saargebiet und mit dem französischen Minister der öffentlichen Arbeiten verhandeln, auf die Dauer nicht ausschließen.

Im Lothringer Kohlengebiet gibt es himmelschreiende Verhältnisse.

Die Lohnunterschiede sind geradezu gemein. Es gibt keinen Urlaub, das Uebermaß an Arbeit steht in Stille, die Arbeitszeit ist verlängert. Die bei uns wohnenden Bergleute der Lothringer Gruben haben kein Wahlrecht bei Ausschuss- und Knoppstiftungswahlen. Sie sind Menschen „zweiter Klasse“ im Zeitalter der in Frankreich so sehr gelobten Demokratie und Völkerverständigung. Wie ist das möglich? Zunächst aus dem Grunde,

weil die Leute den Organisationsbeitrag „ipuren“

und der kommunistische Bergarbeiterverband nur politische Ziele kennt. Statt praktische Arbeit für die Bergleute zu leisten, kennt es nur wüsten Geschimpfe auf die christlichen und sozialdemokratischen (reformistischen) Führer. Dabei hat dieser Verband überhaupt keine Führer, da die an der Spitze stehenden nur „Geschobene im Dienste Moskaus“ sind. Wo derartige Zustände herrschen, müssen leider die Arbeiter die Kosten tragen.

Nach Schilderung des letzten Streiks und seines Ergebnisses — worüber wir eingehend berichtet haben —, kam Ruhnen dann auf wichtige Voraussetzungen für erfolgreiches gewerkschaftliches Arbeiten zu sprechen. Er wies zunächst darauf hin, daß

die lothringischen Bergleute opferwillig werden müßten.

Dann führte er weiter aus: Mit 1 — bis 150 Franken Wochenbeitrag ist keine Organisation schlagkräftig zu machen. Dieser Betrag langt nur für die Verwaltung und die Herausgabe eines Organs. Im Saargebiet bezahlen diesen Betrag die Invaliden und Jugendlichen. Vertrauen und Oplerwilligkeit sind

## Ernstere Mahnungen für die in Lothringen arbeitenden Bergleute

Der letzte Streik auf den Kleinroßfeller Gruben beleuchtete die Lage der lothringischen Bergleute nach zwei Seiten:

- 1. Den Stand der Arbeitsverhältnisse.
- 2. Den Stand der gewerkschaftlichen Verhältnisse.

Der Stand der Arbeitsverhältnisse ist ein sehr schlechter. Die sechseinhalfstündige Arbeitszeit ist auf allen Gruben durchbrochen; es herrscht praktisch für die Untertagebetriebe die effektive achtfünftündige Arbeitszeit. Nach den Zusicherungen des Führers des kommunistischen Bergarbeiterverbandes Frankreich besteht die Gefahr, daß sich aus dem bestehenden Zustand eine noch längere Arbeitszeit entwickeln kann. Uebersaus schlecht ist auch die Behandlung, die den Bergleuten widerfährt. Eine Günstlingswirtschaft sondergleichen ist an der Tagesordnung. Günstlinge verfahren viele Schichten, sind im Lohne bevorzugt, wodurch der Einigkeit der Belegschaft großer Abbruch getan wird. Die Lohnverhältnisse an sich sind sehr unrichtig. Eine Lohnpauschale ist zu verzeichnen, die durch nichts gerechtfertigt ist. Die Ubertagearbeiter sind besonders schlecht gestellt.

Diese und andere Verhältnisse finden ihre erste Ursache in dem schlechten Stand der gewerkschaftlichen Verhältnisse. Immer noch war das Lothringer Kohlengebiet kein sehr günstiger Boden für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Seht sich die Belegschaft doch aus rund 15 Nationen zusammen. Umso mehr wäre es aber Pflicht der deutschen und lothringischen Bergleute, sich teillos zu organisieren. Aber auch bei ihnen fehlt es noch an dem nötigen Willen zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß. So kommt es, daß die Gewerkschaften auch nicht den nötigen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse ausüben können. Die Grubenverwaltungen nähren diesen Zustand zu ihren Gunsten aus. Sie schließen mit den Gewerkschaften keine Tarifverträge, verweigern bezahlten Erholungsurlaub, kurzum, sie gehen diktatorisch vor, wie der jüngste Fall auf den Kleinroßfeller Gruben mit Deutlichkeit bewies.

In Lothringen selbst werben hauptsächlich zwei Verbände um Mitglieder: der „Unabhängiger Bergarbeiterverband“ (christliche Richtung) und der „Lothringer Bergarbeiterverband“ (kommunistische Richtung). Der erste Verband ist grundsätzlich genau so eingestellt wie unser Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, mit dem ihn ein Kartellverhältnis verbindet. Dieses Kartellverhältnis ist in der Natur der Verhältnisse begründet. Die im Saargebiet und dem umliegenden übrigen Reichsgebiet wohnenden christlichen Bergleute, die in Lothringen arbeiten, kommen für unsern Gewerksverein in Betracht. Ihre Vertretung auf der Arbeitshätte wird jedoch gemäß dem Kartellverhältnis vom Unabhängigen Bergarbeiterverband wahrgenommen. — Der kommunistische Bergarbeiterverband hatte seine „Glanzzeit“ in den Jah-

ren 1921 und 1922. Er trieb damals die lothringischen Bergleute in manchen Punkten, die sich zu ihrem Nachteil auswirkten. Die Folge war ein rapider Rückgang der Mitgliederzahl, aber auch eine Vereinfachung des gewerkschaftlichen Gedankens an sich. Da der kommunistische Verband hauptsächlich politische Ziele verfolgt, ist er nicht geeignet für eine wirtschaftliche Interessensvertretung der lothringischen Bergleute. Vor allem müssen die in Lothringen selbst wohnenden Bergleute auf eine Stärkung des Unabhängigen Bergarbeiterverbandes bedacht sein, während die im Saargebiet und dem umliegenden übrigen Reichsgebiet wohnenden lothringischen Bergleute dem Gewerksverein sich anschließen müssen. Das ist der Weg, den die lothringischen Bergleute insgesamt beschreiten müssen, wollen sie sich eine richtige und erfolgreiche wirtschaftliche Interessensvertretung sichern.

### Eine Kundgebung der lothringischen Bergleute in Großroßeln

Um den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der außerhalb Lothringens wohnenden Bergleute zu dienen, veranstaltete der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter am 4. Dezember in Großroßeln eine große Kundgebung. In dieser sprach der Kollege Ruhnen über die Fragen, die alle im Saargebiet und dem umliegenden Reichsgebiet wohnenden lothringischen Bergleute interessieren müssen. Damit unsere Vertrauensmänner und Mitglieder ihre lothringischen Kameraden, die unter ihnen wohnen, richtig aufklären und werdend tätig sein können, geben wir die Hauptgedanken der Ausführungen des Kollegen Ruhnen hier wieder. Es muß das Ziel unserer Mitglieder sein, alle lothringischen Kameraden in die Reihen des Gewerksvereins einzugliedern.

### In dieser Arbeit rufen wir alle unsere Mitglieder hiermit auf.

Wenn jedes Mitglied sich an dieser Aufklärungs- und Werbearbeit beteiligt, dann wird das Ziel erreicht. Und den lothringischen Kameraden wird ein sehr guter Dienst erwiesen, da es ihnen doch nur mit Hilfe harter Organisationen gelingen wird, ihre Arbeitsverhältnisse zu bessern.

### Die Ausführungen des Kollegen Ruhnen

Die Aufstellung der Warndfrage hat den Bergarbeiterorganisationen im Saargebiet klar gezeigt, daß viele lothringische Bergleute auf deutschem Boden wohnen, die noch keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. Es kommen rund 8000 Bergleute in Frage, die im Saargebiet und dem umliegenden Reichsgebiet wohnen und auf lothringischen Gruben

die Hauptgrundlagen einer Organisation. Wo diese Grundlagen gegeben sind, wird auch praktische Arbeit geleistet. Es wird uns immer entgegengehalten, daß richtige Gewerkschaftsarbeit in Lothringen durch die vielen fremden Bergleute gehemmt würde. Ich sage, daß es doch möglich ist, den Gewerkschaftsgedanken in die Köpfe auch dieser Leute hineinzubringen. Es müssen die bodenständigen Bergleute sich zuerst mal Kraft organisieren, dann wird das Weitere schon folgen. Sie müssen da mit gutem Beispiel vorgehen. In der letzten Zeit kamen manche lothr. Bergleute und meinten, die Beiträge seien für sie zu hoch, weil es keinen Streik gebe. Einige Tage darauf brach ohne ihr Zutun ein Streik aus. Wer bei uns dreizehn Wochenbeiträge geleistet hatte, erhält nun die volle Streikunterstützung vom ersten Tage an.

Sehen wir nun mal voraus, wie erzielten keine Verhandlungsmöglichkeit mit den lothr. Grubenbesitzern, ist dann

**die Organisationszugehörigkeit der lothringischen Bergleute zum Gewerksverein ohne Wert?**

Gewiß nicht! Wir haben im hiesigen Gebiet Einfluss im öffentlichen Leben, auf die Regierung, die Eisenbahnverwaltung, in den Gemeinden usw. Wenn in Lothringen die Nationalisierung hiesige Bergleute trifft, dann ist es für sie nicht einerlei, von uns vertreten zu sein oder nicht. Gerade diese Bergleute selbst haben das härteste persönliche Interesse an einer Mitgliedschaft beim Gewerksverein.

Haben wir nicht die Interessen der in Frage kommenden Leute auf dem Gebiete der Sozialversicherung mit Erfolg vertreten? Wer hat den lothringischen Pensionären geholfen? Etwa der kommunistische Verband?

**Welchen für die Zukunft keine Interessen auf dem Gebiete der Sozialversicherung?**

Es ist heute schon klar, daß die soziale Gesetzgebung sich nicht so schnell in Frankreich entwickelt als im Reich. Wenn das Saargebiet wieder zum Reich zurückgeführt ist, wird der Unterschied noch größer sein als heute. Für die Leute dann, die drüben arbeiten müssen und von dort ihre Rente beziehen, den Unterhalt in irgend einer Weise herauszuholen, wird unsere vornehmste Pflicht sein. Wer das und anderes will, muß natürlich während seiner aktiven Dienstzeit organisiert sein, damit der Gewerksverein auch Anwalt und Helfer sein kann.

Worum es geht, ist in den Ausführungen von Rahnen klar gesagt. Sehen wir nun geschlossen an die Arbeit und sorgen wir geschlossen für den Erfolg. Alle Lothringer Bergleute, die unter uns wohnen, müssen dem Gewerksverein zugeführt werden, das ist jetzt und zukünftig die Parole!

**Aus der Jugendbewegung**

**Was wir wollen**

„Der Arbeiter ist als Mensch mit Geist und Seele in den Mittelpunkt alles Geschehens zu stellen.“

Dies ist das Ziel unserer Jugendbewegung. Ein Ziel, dem alle jungen Kameraden mit aller Kraft dienen müssen. Es ist doch so, daß antichristliche Menschen, die großen Einfluss besitzen, den Arbeiter nicht als vollwertiges Mitglied der menschlichen Gesellschaft betrachten, sondern als Objekt der Wirtschaft. Der Arbeiter gilt ihnen als ein Mittel zum Verdienen. Deshalb bemerkt man ihn gleich einer Ware und „kauft“ man seine „Arbeitskraft“.

Als Mensch, erschaffen nach dem Ebenbilde Gottes, begibt mit Verstand und freiem Willen, ausgerüstet mit Geist und Seele, hat der Arbeiter einen wohlbegründeten Anspruch darauf, als vollwertiges Mitglied der menschlichen Gesellschaft behandelt und geschätzt zu werden. Dies tut man aber nicht. Mithin ist es Pflicht des Arbeiters, mit stilles und geistlich erlaubten Mitteln um die volle Anerkennung zu kämpfen.

**Der Kampf des Arbeiters um volle Anerkennung**

In der menschlichen Gesellschaft ist ein berechtigter Kampf. Niemand kann dem Arbeiter die Berechtigung dieses Strebens unterdrücken, dem Arbeiter sein Ziel freitüg machen. Das ist dann ein Vergewaltigen, ein unberechtigtes Verwehren etwas dem Arbeiter zustehendes. So kommt es darauf an, ob der Arbeiter allein oder gemeinsam mit Gleichleidenden den Kampf führt. Es kommt auch darauf an, wie groß die Zahl der Kämpfer ist, ob sie alle durchglühend sind vom edlen Kampfeswillen, und ob sie alle bereit sind, für die Erreichung des voranschwebenden Ziels die nötigen Opfer zu bringen. Das sind so einige Hauptvoraussetzungen, soll der edle Kampf gegen die andern, die dem Arbeiter Bestehendes vorenthalten oder dessen Erreichung zu verhindern suchen, fruchtbar und von Erfolg sein.

Lieber Junghamerad, an diesem Kampfe mußt du dich beteiligen. Es geht ja vor allem um dich und deine Zukunft. Du wirst nun zweifelnd fragen, ob auch etwas zu erreichen sei. Gewiß ist etwas zu erreichen, wenn wir christlichen Verknapper nur wollen.

**Auf das Wollen kommt es an.**

Ein Einzelner ist machtlos. Er bleibt der Gnade oder Willkür des Unternehmers ausgeliefert. So war es noch immer. Und weil der Unternehmer meist die Willkür wahren lieh, schlossen sich unsere alten Kameraden im Gewerksverein zusammen. Um geschlossen für die Erreichung des Ziels zu kämpfen, das als Motto dieser Abhandlung vorgelegt ist. Die Alten brachten unter den größten Schwierigkeiten viele Opfer. Sie waren nicht vergebens. Der Verknapper ist im Laufe der Geschichte des Gewerksvereins voran gekommen, wenn auch nicht alles erreicht werden konnte. Es geht ja nie im Sturmestanz, nur Schritt für Schritt den Berg hinauf.

Der Gewerksverein ist die Kampforganisation zur Erreichung des vorgezeichneten Ziels. Des Ziels also, das auch uns jungen Verknapper vorwärtsweht, wenn auch noch weht unbewußt. Damit der Gewerksverein auch zukünftig wirken

kann, muß er gesunden Nachwuchs haben. Die Alten haben dahin, — aber mit ihnen darf der Gewerksverein nicht sterben. Er muß fortleben in die Zukunft. Fortleben aus der Jugend und durch die Jugend.

Damit dieses Fortleben und Fortwirken gewährleistet ist, besteht die Jugendbewegung. Sie wurde gegründet, um immerzu dem Gewerksverein und der bergmännischen Standesfrage opferbereite Kämpfer zu erzielen. Dieser Jugendbewegung müssen wir Jungen uns zur Verfügung stellen „mit Herz und Hand“. Ihr müssen wir dienen „mit Leib und Seele“. Tun wir das, dann braucht es uns gar nicht bange zu sein um die Erreichung des Ziels. Die Alten haben schon manchen Schritt den Berg hinauf erkämpft; es wird weiter Schritt um Schritt dem Gipfel zugehen, wenn wir Jungen nur wollen und dem Gewerksverein in der Jugendbewegung dienen. Nicht mit leeren Worten, sondern durch die Tat.

**Die erste Tat muß sein:**

Mitglied der Jugendbewegung zu werden. Kein Junghamerad des Gewerksvereins darf außerhalb unserer Jugendbewegung stehen. Die zweite Tat muß sein: Wo immer die Voraussetzung gegeben ist, muß eine Jugendabteilung errichtet werden. Keine Jahrestelle mit 10 bis 15 Junghameraden ohne Jugendabteilung! Die dritte Tat muß sein: Mitarbeiten in der Jugendabteilung und Jugendbewegung. Nur durch Mitarbeit erreicht man sich die Waffen zum erfolgreichen Kämpfen.

Das Vorbezeichnete soll unser Winterprogramm sein. Es ist kurz und bündig, aber genügend; denn Mitarbeiten erfordert einen ganzen Keel und die ganze Kraft. Den Blick in die Zukunft gerichtet, so wollen wir in der Gegenwart an unserem Geschick selbst schmieden. Jungens! Seid alle dabei!

**Die Förderung der Saargruben im dritten Viertel 1927**

Die r e i n e Förderung (ausgeleitet und gewaschen) betrug:

Monat	Saarl. Gruben		zusammen
	to	to	
Juli	1 071 394	35 023	1 106 417
August	1 057 422	32 694	1 120 116
September	1 051 279	31 424	1 112 703
III/1927	3 240 095	99 141	3 339 236
II/1927	3 102 478	85 724	3 188 203
I/1927	3 593 476	98 802	3 692 278
bis 1. 10. 27	9 936 050	293 667	10 229 717

Die Tages- und Kopfleistung betrug:

Monat	Tagesleistung		Kopfleistung	Schichtzahl
	to	kg		
Juli	47 929	727		23,88
August	47 393	735		23,83
September	46 320	743		24,02
III/1927	47 214 Durchschn.	735 Durchschn.		26,73
II/1927	46 134	726		25,10
I/1927	49 860	733		24,01
bis 1. 10. 27	46 736	731		209,84

**Gedichte von Ludwig Keiffing**  
**Neuer Tag**

Sei begrüßt, neuer Tag,  
Der in Gnaden uns gesendet,  
Dah wir mutig schafften streben,  
Unter Mühen, schwer und hart,  
Noch der gottgewollten Art.

Soll im Schweiß des Angehts  
Jeder doch sein Brot erwerben,  
Eins uns Edens Glück in Scherben,  
wollen doch wir im Vertrauen  
An belohnender Heimstatt haun.

Früher, jeder Hammer Schlag,  
Alles Werden in der Runde,  
Jeder Häufelbied im Grunde  
Trägt in heil'ger Mühe Weib  
Zu dem Wohl des Ganzen bei.

Reht in hoher Arbeitstust  
Schneller denn die Herzen schlagen!  
Nein, wir kennen nicht das Zagen,  
Und es kracht das Angeht!  
Wenn man uns vom Schaffen spricht.

Sei begrüßt, neuer Tag!  
Sich Beginnen, gib Pflanzenden,  
Dah auf Schweißbedeckten Händen  
Nach dem Tagwerk, recht und gut,  
Sanft der Schein der Sterne ruht.

**Nein, es hilft das Wochen nicht —**

Nein, es hilft das Wochen nicht  
In den Lären mancher Jagen:  
Wie mit Ähren müht ihr Klagen,  
Sturm auf Sturm auf's Neue wagen  
Bis der Fieser Klade bricht.

Ged't euch darum nicht in Ruh  
Mit erlernten weichen Phrasen,  
Veritas ward umgeschloßen,  
Wie wir in der Bibel lasen,  
Als man mehr ihm lehte zu.

Rehmet denn noch andere mit,  
Wadte, heilige Genossen,  
Weißt, trampetet ganz entschlossen,  
Als der Freund des Lons verdrossen,  
Geht mit uns im gleichen Schritt.

Ja, wir sind — gesteht es ein —  
Oft zu lässig vorgegangen,  
Nied es recht nur angefangen,  
Darauf sah ich still mich hangen,  
Sagt der Freund nicht lange: Nein.

Hadt denn fester immerdar  
Heute diese, jene morgen,  
Andre folgen ohne Sorgen,  
Als sie alle, wohlgeborren,  
Stehn geeint in unserer Schaar.

**Mein Hüttchen**

Mein Hüttchen hat nur wenig Zimmer,  
Gar klein sind Fenster und die Tür,  
Doch aub ich hin fürweh'r es nimmer,  
Und hat man mir ein Schloß dafür.

So freundlich liegt's im Grün verborgen,  
Ein holderstrand blüht mir am Tor,  
Und überm Hüttchen alle Morgen  
Siegelt eine Lerche hoch empor.

Ein Vöcklein rinnt mit auch vorüber,  
Wahliebchen neigt am Garten sich —  
Und wird der Mut mir einmal trüber,  
Schimpft dreist der Spah: „Psal, kömme dich!“

So seh ich denn mit jedem Tage  
Mit neuem Mut die Kräfte ein,  
Gewiß mein Hüttchen kennt die Plage,  
Doch Rhythmus kommt mir nicht herein!

**Gefahr der Freiheit**

Hell im Sonnenshine liegen  
Sch ich Garten nun und Haus,  
Und die lieben Tauben fliegen  
In den jungen Tag hinaus.

Märrisch an der schweren Kette  
Schaut hinauf des Hofes Hund;  
„Ach, wer ihre Schwingen hätte  
Statt zu lauern still am Grund!“

Und es drüllt die Kuh im Stalle:  
Freiheit ist nicht immer gut!  
Besser ist in jedem Falle  
Wer sich duckt in rechte Hut.

Schieß ein böter Sperber nieder,  
Kraft ein Läublein sich im Au,  
Hund ist da beruhigt wieder,  
Und im Stall nur „— — —“ Ruh.“

**Der Fürst**

Sei wie ein Fürst in deines Herzens Reich,  
Dein Bild umstrahl die Majestät der Ruh,  
Die Ägel halte lest in Händen du,  
Und zwingt sie nieder, die Rebellen, gleich.

Was soll der Haß und Neid und Furcht und Stoll,  
Und was sich sonst als Feind noch offenbart!  
In deinem Handeln bleibe würdevoll,  
Und Gerecht lieg in deines Weisens Art.

Deinzepter reich' in die Gedankenwelt,  
Dir seien die Begierden unterstellt,  
Und alle Haß im rauschenden Vertriebe.

Den Kleinmut schloß dein heller Blick in Bann,  
Dein ganzes Tun zeig den Fürsten an,  
Und weit dein Reich durchweh' der Geist der Biedr.

# Kameraden

keine Verwendung finden. Alle Wochenbeiträge für 1927 (also 53) sind mit der geltenden schwarzen Marke zu quittieren. Die restverbleibenden schwarzen Marken sind vom Zahlstellenvorstand mit der Dezember-Abrechnung nach Saarbrücken zu schicken. So muß jedes Mitglied selbst dafür sorgen, daß am Jahreschluß 53 schwarze Beitragsmarken (ordentliche Wochenbeiträge) geklebt sind.

Am 200.84 Arbeitstagen wurden 10 729 717 Tonnen Kohlen (reine) gefördert. In derselben Zeit des Vorjahres wurden an 224.65 Arbeitstagen 10 155 252 Tonnen herausgebracht. Obgleich infolge Frierlichkeiten die Zahl der Arbeitstage in den neun ersten Monaten 1927 um 14.70 geringer war als in derselben Zeit des Vorjahres, wurde die Förderung des Vorjahres doch noch um 74 460 Tonnen überschritten. Diese Leistungssteigerung läßt sich noch mehr ins Gewicht, wenn man den Rückgang der Belegschaftszahl in Rechnung stellt. Ende September 1926 zählte die unter Tage beschäftigte Belegschaft 54 290 und die insgesamt auf den Gruben beschäftigte Belegschaft 72 294 Personen; Ende September 1927 zählte die Untertagebelegschaft 51 788 und die gesamte Belegschaft 69 211 Personen. Es ist somit ein Rückgang der Belegschaft unter Tage um 2402 und der gesamten Belegschaft um 3083 zu verzeichnen. Eine stark verminderte Belegschaft hat also in einer wesentlich geringeren Zahl von Arbeitstagen eine höhere Förderung wie im gleichen Zeitraum 1926 erzielt. Vergleicht man die Tages- und Kopfleistung, so ergibt sich eine Steigerung der durchschnittlichen Tagesleistung von 45 271 Tonnen auf 48 736 Tonnen und der durchschnittlichen Kopfleistung von 688 auf 731 Kilogramm. Die Tagesleistung wurde um 3315 Tonnen gleich 7.7 Prozent und die Kopfleistung um 43 Kilogramm gleich 6.2 Prozent gesteigert. Das ist eine Leistungssteigerung, die sehr beachtlich ist. Was nun nicht zu übersehen ist, ist das ständige Verharren der Vergütungsfrage in der Lohnfrage. Jedenfalls beweist die Leistungssteigerung, daß eine bessere Vergütung der Bergleute möglich und von diesen rechtlich verdient ist.

## Knappschafliches

Nach der Niederschrift über die Sitzung des Knappschafsvorstandes am 30. November.

**Zu der Frage der Neuerrichtung der Krankenkassenbeiträge**  
beantragen die Arbeitnehmer eine Erhöhung des Grundlohnes von 25.— auf 30.— Fr., damit eine Erhöhung des Krankengeldes durchgeführt werden könne. Sie erklären gleichzeitig, daß sie selbstverständlich demgemäß auch einer Erhöhung der Beiträge zustimmen. — Der Antrag wird von Arbeitgeberseite abgelehnt. Es bleibt somit der bisherige Beitrag bestehen.

Herr Knappschafsdirektor Kredel teilt unter Bezugnahme auf die Besprechung in der Ausschusssitzung mit, daß inzwischen der Termin für die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den saarländischen Versicherungsleitern bezüglich der Durchführung des Berliner Abkommens auf den 8., 9. und 10. Dezember d. J. in Düsseldorf festgesetzt worden ist, und daß der Vertreter der Regierungskommission, Herr Dr. Lüssen, mit Rücksicht auf die Natur des Verhandlungsgegenstandes gebeten habe, außer Verwaltungsbeamten nur einen Vertreter aus dem Knappschafsvorstand zu diesen Besprechungen zu entsenden. Er bittet daher um entsprechende Vor schläge. Die Arbeitnehmervertreter sind demgegenüber der Auffassung, daß es zweckmäßig ist, wenn mehrere Verbandsmitglieder zugegen sind und halten daran fest, daß die gewählte Kommission an den Besprechungen teilnimmt.

Der Einspruch des Herrn Bonaventura, daß die Pensionäre der B-Klasse, die die reichsrechtliche Invalidenrente beziehen, nicht den Vorkauf in Höhe von 10.— Fr. aus der Invalidenversicherungskasse erhalten wird von der Verwaltung dahin beantwortet, daß bei der Gesetzesfassung diese Angelegenheit ihre Erledigung findet und dann erst eine Nachzahlung ab 1. November d. J. stattfinden soll.

**Den Anträgen**  
a) des Bergmanns Alois Scheid aus Bettingen auf Gewährung eines Darlehens von 17 000 Fr.,  
b) des Bergmanns Matthias Hoffmann in Rufen auf Gewährung eines Darlehens von 5000 Fr. für die Instandsetzung ihrer nachweislich durch Schwamm beschädigten Wohnhäuser wird stattgegeben. Dagegen werden die weiter vorliegenden Anträge von Knappschafsmitgliedern auf Gewährung von Darlehen zwecks Instandsetzung ihrer Wohnhäuser grundsätzlich abgelehnt, da eine Beschädigung durch Schwamm nicht nachgewiesen ist.

Auf Grund der Beratungen des Ausschusses für Personal- und Arzangelegenheiten vom 22. November d. J. beschließt der Vorstand bezüglich der Nachfolge des verstorbenen Knappschafsdarlehens Dr. Scholls in St. Wendel eine endgültige Regelung vorerst nicht zu treffen, sondern mit Rücksicht auf den Antrag der Organisationen auf Teilung des Sprengels die ärztliche Versorgung der Mitglieder bis zum Ablauf der diesjährigen Wahlperiode vorläufigweise vornehmen zu lassen, um den für die Nachfolge vorgeschlagenen Ärzten die Möglichkeit zu geben, sich auch das Vertrauen des Knappschafsvorstandes zu erwerben. Die Vertretung wird den praktischen Ärzten Dr. Köhler in St. Wendel und Dr. Ertens in Oberthal ohne Verbindlichkeit für die Zukunft übertragen, und zwar sollen Dr. Ertens die Orte Oberthal, Cronig und Odesweiler und

Das Jahr 1927 hat 53 Wochen. Mit dem 31. Dezember, der auf einen Samstag fällt, läuft die 53. Woche ab. Es müssen somit in diesem Jahre auch 53 Wochenbeiträge geleistet werden. Das vierte Quartal umfaßt also vierzehn anstatt dreizehn Wochenbeiträge. Die 53. Wochenmarke ist neben das letzte Wochenfeld zu kleben. Im eigenen Interesse möchten wir die Kameraden darauf aufmerksam, damit beim Jahresabschluß das Mitgliedsbuch in Ordnung ist. Es muß genau so verfahren werden wie 1921. Dieses Jahr zählte auch 53 Wochen. Kein Mitglied darf sich der Verpflichtung, alle fälligen Wochenbeiträge zu entrichten, entziehen. Wer das versucht, schädigt nur sich selbst. — Im neuen Jahre gelten grüne Beitragsmarken. Diese dürfen für 1927 nicht verwendet werden. Alle Wochenbeiträge für 1927 (also 53) sind mit der geltenden schwarzen Marke zu quittieren. Die restverbleibenden schwarzen Marken sind vom Zahlstellenvorstand mit der Dezember-Abrechnung nach Saarbrücken zu schicken. So muß jedes Mitglied selbst dafür sorgen, daß am Jahreschluß 53 schwarze Beitragsmarken (ordentliche Wochenbeiträge) geklebt sind.

Dr. Köhler die übrigen Orte des Sprengels zugewiesen werden. Die Beauftragung soll erst von einem Zeitpunkt ab erfolgen, bis zu dem der Bergverein Gelegenheit gehabt hat sich zu der Angelegenheit zu äußern. Als Belohnung erhält jeder der beiden Ärzte neben dem üblichen Kopfsatz eine Sprengelpauschale nach Maßgabe der Mitgliederzahl.

Der Vorstand beschließt in Ergänzung seines Beschlusses Nr. 5 vom 26. September d. J., die

**Gewährung von Nachtragsdarlehen**  
an solche Mitglieder, die ein unkündbares Darlehen erhalten haben, davon abhängig zu machen, daß diese Darlehensnehmer sich mit der Eintragung einer wertbeständigen Hypothek auch für das unkündbare Darlehen einverstanden erklären, um eine gleichmäßige Behandlung mit den früher mit Nachtragsdarlehen berücksichtigten Mitgliedern durchzuführen.

## Von den Arbeitsstätten der Kameraden

**Longruben Hettelweilerhain und Lankersheim.** Seitdem man den Einfluß der Arbeitgeber durch die neuen Bestimmungen des Reichsknappschafsgesetzes zurückgedrängt und die Beiträge der Arbeiter zu den Kassen erhöht hat, schreit die gesamte Bergbauindustrie über unerhörte soziale Lasten, die man nicht mehr tragen könne. Dabei ist ihre persönliche Leistung für die Industrie kaum größer geworden. Der Arbeiter, der erheblich mehr an Beiträgen zu zahlen hat, leistet dieselben. Nach der Auffassung der Industrie muß abgebaut werden. Sie denkt jedoch keinen Augenblick daran, die so ersparten Beiträge an Löhnen mehr zu zahlen. Selbst möchte sie eine „Erläuterung“ für Betriebsüberfälle, Kapitalbildung oder den Ausbau der Betriebe sollen diese Ersparnisse verwendet werden.

In diesem Kampf um den Abbau der Sozialversicherung stehen die Longrubenbesitzer in der vorderen Linie. Streuen ihrer bisherigen Einstellung halten sie auch jetzt daran fest, ganze Arbeit zu machen. Die knappschafliche Versicherungspflicht soll für die Longruben überhaupt beseitigt werden. Man muß offen gestehen, die Herren lassen sich ihre Arbeit etwas kosten. Neben gewaltigen persönlichen Anstrengungen machen sie hierfür erhebliche finanzielle Ausgaben. Nicht allein Eingaben, in denen man die Forderung nach einer Aufhebung der Versicherungspflicht begründet, geben in Mengen nach Berlin, es werden vielmehr auch ärztliche und sachverständige Gutachten eingeholt. Diese haben die Situation in den Gruben zu schildern, anzugeben, ob die Arbeit gesundheitsgefährlich ist und inwieweit Zustände vorhanden sind, die eine Weiterführung der Versicherungspflicht nicht mehr als notwendig erscheinen lassen.

Man hat zunächst den Sanitätsrat Dr. Meder in Hettelweilerhain angegangen, ein Gutachten über die gesundheitlichen Zustände in den Gruben abzugeben. Er gibt zu, daß vor Jahren die Verhältnisse in den Gruben noch äußerst primitiv gewesen seien. Diese Zustände haben nun, nach seiner Auffassung, sich in den letzten Jahren derart gebessert, daß der Gesundheitszustand gegenwärtig ein sehr günstiger ist. Genügend Material für seine Behauptungen könne er allerdings nicht erbringen. Im großen und ganzen habe man bei der Betrachtung der Grubenarbeiter gesunde, kräftige und bei vielen auch im hohen Alter nicht sehr abgekostete Personen vor sich. Die Lasterarbeit sei ebenfalls nicht sehr anstrengend. Ein Befinden sei nur für herputzende Menschen allerdings etwas unangenehm. Die Temperatur in den Gruben sei die beste, die man sich zum Arbeiten wünschen könne.

Ein weiteres Gutachten eines Bergwerksdirektor a. D. Wenz soll feststellen, daß ein Auscheiden auch durch Wegfall möglich und notwendig ist. Von welcher Stelle dieses Gutachten eingefordert ist aus dem vorhandenen Material leider nicht zu ersehen. Nach längerer Betrachtung der Arbeitsverhältnisse kommt auch dieser Gutachter zu der Auffassung, daß die knappschafliche Versicherungspflicht aus den Zuständen im Arbeitsverhältnis nicht begründet werden könne. Ihm ist weiter unverständlich, wie es komme, daß die Longruben des Westerrubens nicht der Knappschafspflicht unterliegen und man den Longruben der Platz eine solche anbietet.

Man muß offen gestehen, die Arbeitgeber der Longruben leben alles daran, von der knappschaflichen Versicherungspflicht loszukommen. Es müssen ihnen mithin durch ein Auscheiden erhebliche Vorteile entstehen. In ihrem blinden Eifer, um zu ihrem Ziele zu gelangen, leisten sie dem freien Fabrikarbeiterverband einen „Freundschaftsdienst“. Die Forderung der Bergarbeiterverbände auf ein Verbleiben bei der Knappschaf wird von dem Industrieverband „Genertest“ mit der Bemerkung gestiftet, daß die Stellung dieser Verbände nur aus der Engh. Mitglieder zu erhalten, gegeben sei. Bei einer Auscheidung aus der Knappschaf ließen diese Verbände in Gefahr, die Mitglieder an die Organisation der Fabrikarbeiter zu verlieren.

Alle Kameraden aber, die bisher noch auf dem Standpunkt standen, daß ihnen bei einem Auscheiden höhere Löhne winken, lehnen die Gutachten und die Behauptungen der Industrie etwas anders. Nur Erläuterungen, Beschlüssen der Konkurrenz und bessere Betriebsverhältnisse lassen durch ein Auscheiden erreicht werden. In keiner Stelle wird auch nur irgendwie des Arbeiters gedacht. Was aus

Menschen nach gelonener Arbeit werden soll, bleibt den Grubenbesitzern gleichgültig. Der weiteren Entwicklung dieser Dinge muß deshalb die größte Beachtung geschenkt werden.

**Grube Frankenhof.** Am 30. November beschloß sich eine Sitzung des Aufsichtsausschusses mit 22 eingereichten Beschwerden. Jandschiff konnten in acht Fällen, in denen die Grube geforderte Schichten von dem Urlaub in Abzug gebracht hatte, eine Einigung nicht erzielt werden. Man hat diese Beschwerden zum Teil dem Hauptaufseher übermieten. Andere sollen von der Grube nochmals nachgeprüft werden.

Die Kameraden Reiter, Müller, Schanz und Trautmann erhalten die vormaligene Urlaubszeit nachvergütet, bezw. wird die geforderte Schicht als entschuldigt anerkannt. Die Setzer Geimer, Kesser, Schmolz und Kesser waren mit einer Strafe von 5 Fr. belegt; da die Verwaltung die Aufhebung der Strafe ablehnt, erfolgt Ueberweisung an den Hauptaufseher. Das gleiche geschieht mit der Beschwerde des Kameraden Bangerl, ebenso mit den Beschwerden der Kameraden Kampar, Kummier, Lenck, Maler, Gerhardt, Haus, Schwarz, Tuhl und Sonntag.

Dem Kameraden Ruffing wird das Kindergeld bezahlt. Die Strafe des Kameraden Haber wird auf 2 Fr. festgesetzt. Dem Kollegen Hopp wird die Deputatkohle gewährt. Schauf wird eine Schicht vergütet. Ebenso erhält der Kamerad Jung die Vergütung einer Schicht. Den beiden Kameraden Guly wird das Gejabe gelistet. Die Beschwerden der Kameradschaft Häfner wegen Vergütung unter dem Mindestlohn will die Grube insolent erledigen, als sie 32 Fr. pro Schicht zahlt. Der Kameradschaft Grub ist man bereit, den Mindestlohn zu geben. Ebenso will man dem Kameraden Schulz die beantragte Vergütung einer Schicht zugestehen.

## Die Lohnungstage im Jahre 1928

Löhne des Monats	Aufheben!		
	2. Abschlag	3. Abschlag	Hauptlohnung und 1. Abschlag für den folgenden Monat
Dezember 1927	22./23. Dez.	4./5. Jan.	17./18. Januar
Januar 1928	27./28. Jan.	8./9. Febr.	17./18. Februar
Februar	28./29. Febr.	8./9. März	19./20. März
März	27./28. März	3./4. April	17./18. April
April	27./28. April	8./9. Mai	18./19. Mai
Mai	25./26. Mai	8./9. Juni	19./20. Juni
Juni	27./28. Juni	6./7. Juli	18./19. Juli
Juli	27./28. Juli	8./9. August	20./21. August
August	28./29. August	7./8. Sept.	19./20. September
September	28./29. Sept.	8./9. Okt.	19./20. Oktober
Oktober	28./27. Okt.	7./8. Nov.	19./20. November
November	28./29. Nov.	6./7. Dez.	19./20. Dezember

Für kleinere Werte und die Generaldirektion, bei denen nur an einem Tage gelohnt wird, ist jeweils der erste der beiden angegebenen Tage maßgebend.

**Tauschmann** sucht Janet Jakob Altmeyer, Niederlobach, zur Verlegung von Grube Lullenthal (Ostschacht) nach Mühlung oder Engellangen. Meldung beim Kameraden oder dem Bezirksbüro Saarbrücken.

## Bekanntmachungen

Wir machen nochmals alle Mitglieder, insbesondere die jungen, auf die in den einzelnen Bezirken stattfindenden Unterrichtskurse aufmerksam. Im Interesse unseres Arbeiterlades ist es dringend notwendig, daß die Unterrichtskurse stark besucht werden.

### An alle Vorstandsmitglieder!

Der Jahreschluß steht bevor. Da muß dafür gesorgt werden, daß für das Jahr 1927 rechtzeitig alle fälligen Wochenbeiträge (53) einholfert werden. Die Abrechnung für den Monat Dezember muß spätestens am 15. Januar 1928 in Saarbrücken sein. Gleichzeitig mit dieser Abrechnung sind die restverbleibenden schwarzen Marken einzuschicken. Damit diese Arbeit ohne Schwierigkeiten vollzogen geht, bitten wir alle Vorstandsmitglieder, sich mit erhöhtem Eifer an der Einkassierung der noch fälligen Wochenbeiträge für 1927 zu beteiligen. Gleichzeitig bitten wir alle Mitglieder, selbst um die restlose Entziehung ihrer Wochenbeiträge bemüht zu sein, damit die Abrechnung für 1927 von jeder Jobstelle bis zum 15. Januar 1928 durchgeführt werden kann. In dieses ordentlichen Geschäftsführung muß jedes Mitglied interessiert sein.

Der 51. Wochenbeitrag (Woche vom 11. bis 17. Dezember) ist in dieser Woche fällig.

Für die Redaktion verantwortlich: F. Rieler. Vert. des Gewerkschafts druckt Bergarbeiter Deutschlands. Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag H. G.